

Deutsches Glück

»Die Deutschen haben Millionen unschuldiger Menschen massakriert, haben millionenfach getötet und versklavt und Familien auseinandergerissen und Unglück über die Menschen gebracht. Und nun haben sich die Räder der Gerechtigkeit gedreht, und die Welt feiert die Zerschlagung des Nazimonsters. In ihrer Niederlage sind die Deutschen noch isolierter denn je. Sie gehören nicht mehr zur Völkergemeinschaft, sie sind ein ausgestoßenes, beispiellos verfluchtes und gefürchtetes Volk. Erst die nachwachsende Generation von Deutschen kann den Neubeginn schaffen. Man muss hoffen und beten, dass es ihnen gelingt.«¹

Diese Worte schrieb der US-amerikanische Offizier Saul K. Padover am 9. Mai 1945 an seine Frau, einen Tag nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht. In den Wochen und Monaten zuvor hatte er unzählige Gespräche mit Deutschen, mit Kriegsgefangenen und »normalen« Bürgerinnen und Bürgern² geführt, um im Auftrag der Abteilung für psychologische Kriegsführung »etwas über die deutsche Mentalität zu erfahren«.³ Die sehr spezifische Mischung aus Selbstmitleid und Selbstgerechtigkeit, die ihm dabei fast überall entgegentrat, war umso schwerer zu ertragen, je weiter er im Gefolge der US-Armee ins Landesinnere vorrückte und sich, etwa im gerade befreiten Konzentrationslager Buchenwald, mit dem Horror der NS-Hinterlassenschaft konfrontiert sah.

Mehr als »hoffen und beten« wollte Padover daher im Hinblick auf die deutsche Zukunft im Moment der Befrei-

ung nicht einfallen, und man kann seinem Text entnehmen, dass ihm persönlich beides nicht möglich war, nicht möglich sein würde. Damit stand er, mitten im vor Erleichterung und Freude überschäumenden Paris, sicherlich nicht alleine da – und dennoch: Heute, 80 Jahre später kann man durchaus feststellen, dass »es ihnen« gelungen ist. Padovers 1946 auf Englisch erschienener Bericht (dessen deutsche Übersetzung 60 Jahre auf sich warten ließ) macht – wie so viele andere »Reports from Germany«⁴ aus dieser Zeit – jedoch deutlich, warum Gesamtgeschichten der Bundesrepublik oder Deutschlands nach 1945 gerne das Wort »Glück« im Titel oder Untertitel tragen. Bis heute dient es in Gedenkreden als roter Faden oder strukturiert Interviews. Angesichts der gigantischen Katastrophe, die dieses Land über die Welt gebracht hat, scheint »Glück« oder »Geschenk« immer noch eine angemessene Beschreibung eines Vorgangs, die man durchaus auch ins Zynische verkehren könnte: ins umgangssprachliche »Schwein gehabt«. Denn wer hätte 1945 schon gedacht, dass angesichts Millionen ermordeter Zivilisten dafür in Deutschland nur ca. 7000 Personen juristisch belangt würden – bei geschätzten 200 000 bis 250 000 Tätern?⁵ Dass nur vier Jahre später zwei zunächst teilsouveräne deutsche Staaten entstehen würden, die wiederum sechs Jahre später, also zehn Jahre nach Padovers niederschmetterndem Urteil, in ihre jeweiligen Militärbündnisse aufgenommen wurden? Insgesamt sollte es noch nicht einmal 30 Jahre dauern, bis dieses »ausgestoßene, beispiellos verfluchte und gefürchtete« Volk mit der Aufnahme beider Teilstaaten in die UNO im Jahre 1973 wieder offiziell Teil der Völkergemeinschaft wurde: »Was für ein Glück!«⁶

Dieses Glück wurde in allererster Linie durch die bald nach Kriegsende einsetzende, offene Blockkonfrontation möglich. Der Kalte Krieg machte es erforderlich, die beiden

neuen deutschen Staaten rasch in das jeweilige Bündnis zu integrieren und für deren Bevölkerungen einen gewissen Lebensstandard zu garantieren. Vor allem in Bezug auf die Bundesrepublik wird dabei bis heute immer wieder auf die immense Bedeutung des sogenannten »Wirtschaftswunders« verwiesen, das das neue politische System weniger ideologisch als praktisch legitimierte: »Stärker als das bewusste Umdenken ist der Opportunismus, der mit dem wachsenden Wohlstand einsetzt«, so fasste es der Historiker Ewald Frie kürzlich treffend zusammen. »Darum wenden sich die Menschen allmählich der Demokratie zu.«⁷

Die innenpolitische Voraussetzung dafür war allerdings eine klare Abgrenzung vom soeben besiegt »Nazimons-ter«, was im Osten aufgrund des offensichtlichen Regimewechsels einfacher war als im Westen. Die DDR berief sich auf die Tradition der NS-Gegner bzw. des internationalen Antifaschismus und schuf radikal veränderte ökonomische und politische Strukturen. Dies beeinflusste auch den Umgang mit den NS-Verfolgten, der sich zum Teil fundamental, zum Teil nur graduell von dem in der BRD unterschied. Da ich jedoch keine Spezialistin für die Geschichte der DDR bin, habe ich mich in diesem Buch auf Westdeutschland beschränkt und unternehme nur am Ende einen kleinen Ausflug ins vereinte Deutschland.

Die junge Bundesrepublik war in vielem das Gegenteil des sozialistischen Staats im Osten: Das kapitalistische Wirtschaftssystem und damit im Kern auch die Besitzverhältnisse blieben unangetastet. Zugleich war die später historisch erforschte »Elitenkontinuität« bereits unmittelbar nach der Staatsgründung unübersehbar. Sie betraf alle gesellschaftspolitischen Bereiche: In den Ministerien und Verwaltungen, in Justiz und Polizei, in den Wirtschaftsbetrieben, den Medien, im Bildungs- und Gesundheitswesen und in der 1955

gegründeten Bundeswehr, auf allen Ebenen arbeiteten Männer (und einige wenige Frauen), die diese oder eine ähnliche Tätigkeit schon im Nationalsozialismus ausgeübt hatten. Für kritische Intellektuelle wie Walter Dirks oder Eugen Kogon boten diese »restaurativen Tendenzen« schon Anfang der 1950er Jahre Anlass zu großer Sorge. Nicht nur die frühen Wahlerfolge der NSDAP-Nachfolgepartei SRP (Sozialistische Reichspartei) bestätigten diese Bedenken, sondern mehr noch, wie Kogon es formulierte, eine »Politik der überlieferten ›Werte‹, Mittel und Denkformen, der scheinbaren Sicherheiten, der Wiederherstellung bekannter Interessen. (...) eine Politik des Mangels an Vorstellungskraft.«⁸

Seit den späten 1970er Jahren dominierte jedoch in der Zeitgeschichte für einige Jahrzehnte eine Sicht, die solche Bedenken für übertrieben hielt. Langfristig, so das allgemeine Urteil, hätte eindeutig der Neubeginn überwogen. Er basierte auf drei Faktoren: politisch auf der demokratischen und rechtsstaatlichen Verfasstheit, sozial und kulturell auf den durch den Krieg erzeugten, teils dramatischen Veränderungen sowie, last but not least, auf der Einbindung in den freien Westen. Durchaus vorhandene »vordemokratische Autoritätsmuster und illiberale Traditionen«,⁹ so die gängige Interpretation, seien in einem langsamen, aber äußerst erfolgreichen Prozess der Modernisierung, Liberalisierung und Demokratisierung überwunden worden. Das Ausmaß dieser »allenthalben feststellbaren ›Fundamentalliberalisierung‹ von Staat, Gesellschaft und Politik« sei »geradezu atemverschlagent« gewesen. Dies gelte vor allem angesichts der tiefgreifenden »politischen, ideologischen und mentalen Einwurzelung des NS-Regimes«, die von der zeithistorischen Forschung über die Jahre herausgearbeitet worden ist.¹⁰

War die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, folgt man dieser Interpretation, also pünktlich zur Jahrtausend-

wende doch noch an ein gutes Ende gekommen, begann sich zeitgleich ein Unbehagen an dieser zwar kritischen, aber letztlich erfolgsbetonten Meistererzählung zu regen. Dies zeigte sich sowohl in den zahlreichen Forschungen zur Elitenkontinuität in staatstragenden Institutionen als auch in den kritischen Analysen der justiziellen und politisch-moralischen Aufarbeitung der NS-Zeit. Schon 1999 sprach daher der Zeithistoriker Axel Schildt von »fünf Wegen, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen«, darunter auch Varianten als »Belastungsgeschichte« und »Misserfolgsgeschichte«.¹¹

Auch US-amerikanische Kolleginnen begannen zu dieser Zeit, das »Erlösungsnarrativ« der gelungenen »Ankunft im Westen« zu hinterfragen. Sie wiesen auf das Fortbestehen des Rassismus in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft hin und zeigten damit die Grenzen demokratisch verbrieftter Gleichheit auf.¹² In einer historischen Studie zur »Gastarbeiterfrage« arbeitete Rita Chin heraus, dass die Präsenz von Ausländern für die Entwicklung der (west-)deutschen Demokratie und letztlich auch der nationalen Identität eine zentrale Rolle gespielt hat. Beides könne man nicht adäquat erfassen, wenn dieses Thema in Überblicksdarstellungen weiterhin in Unterkapiteln zu »Minderheiten« oder »Migration« abgehandelt würde. In einem kurz darauf publizierten Band wurden diese Argumentationslinien mit der allgemeiner gefassten, nun auch Jüdinnen und Juden einschließenden Frage nach »Differenz und Demokratie« in der deutschen und europäischen Nachkriegsgesellschaft verknüpft.¹³

Erst um 2020 schien die Zeit schließlich reif für eine atlantikübergreifende Kritik an der Erzählung der (west-)deutschen Nachkriegsgeschichte als Erfolgsgeschichte, die mittlerweile die gelungene Vereinigung 1990 mit einbezog. Diese Sicht zeige »wenig Gespür für die Kontinuität von Un-

gleichheitserfahrung«, heißt es vorsichtig in einem Band aus deutscher Feder. Es wird jedoch zugleich angemerkt, dass die Auswüchse der fortbestehenden Ressentiments keineswegs in der Gesellschaft als Ganzes zu verorten seien, sondern eher am rechten Rand.¹⁴ Einen Schritt weiter gehen Frank Biess und Astrid Eckert, die beide in den USA lehren. Sie betonen, dass die Vernachlässigung von »race« als zentraler Analysekategorie die vielleicht größte Schwäche des gängigen Erfolgsnarrativs darstelle. Wenn man die unterschiedlichen Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung systematisch mit einbezüge, argumentieren sie, ändere sich das *ganze* Bild.¹⁵ Mittlerweile ist der Impetus, neue Interpretationen der Geschichte Deutschlands seit 1945 zur Diskussion zu stellen, auch hierzulande angekommen. Er wird angetrieben von einer jüngeren Generation von Historikerinnen und Historikern, die neue Fragen stellen, mit neuen Ergebnissen aufwarten und nun mit Nachdruck darauf pochen, dass diese nicht nur fürs Bücherregal geschrieben wurden, sondern sich in der Gesamtschau durchaus dazu eignen, die gängigen Narrative der Erfolgs-, Liberalisierungs- und Demokratisierungsgeschichte kritisch zu hinterfragen.¹⁶ Für dieses Buch sind vor allem ihre Überlegungen zu Fortbestehen und Ausbreitung des politischen Nationalismus in der Bundesrepublik von Bedeutung. Die »Nationalisierung des Demokratischen« in der frühen Bundesrepublik manifestierte sich, so belegen diese jüngeren Forschungen, eben nicht nur in durchaus wirkmächtigen Begriffen wie dem Mythos von der »sauberen Wehrmacht« oder der »sauberen Verwaltung«. Sie zeigt sich vor allem auch darin, dass die Akteure in Politik, Justiz und Medien ihre jeweilige Agenda durchaus konkret durchsetzen konnten, solange sie sich »an gewisse Regeln hielten und sich einer demokratiekompatiblen Sprache bedienten«.¹⁷ Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die 1951 von der

ersten Regierung Adenauer verabschiedete Regelung zum Beamtenengesetz. Sie erlaubte der Trägerschicht des NS-Regimes, also jenen bis zu 400 000 »als potenzielle Gefährder«¹⁸ von den Siegermächten internierten Personen, die Rückkehr in den Staatsdienst: In Justiz und Polizei, in Ministerien und Verwaltungen nahmen sie bald ein Drittel und mehr der Planstellen ein.¹⁹ Anders ausgedrückt: Es wurden nicht lediglich »alte Nazis« in den demokratischen Staatsaufbau »integriert«, sondern es war der demokratische Staat selbst, der eine nationalistische Agenda verfolgte – jedenfalls in dem Maße, in dem die Alliierten dies zuzulassen gewillt waren. Dass sich hierfür der Antikommunismus als zentrale, konsensfähige »Integrationsideologie« anbot, ist nicht neu, allerdings wird oft ignoriert, in welch hohem Maße dabei antislawische und antisemitische Vorstellungen mittransportiert und am Leben erhalten wurden.²⁰

Und damit wären wir beim Thema dieses Buches: Es ist bekanntlich unendlich viel geschrieben worden über die »Belastungen« der jungen westdeutschen Demokratie durch die »Bürde« des Nationalsozialismus und über den langsamen und langen Weg ihrer »Aufarbeitung« oder »Bewältigung«. Mittlerweile gelten gerade die Kontroversen um die Vergangenheit, die sich in jedem Jahrzehnt neu konfigurierten, als Fundament der deutschen Demokratie und als Ausweis für ihre Stärke und Stabilität. Selbst das Erstaunen oder Entsetzen über die in den letzten zehn Jahren um sich greifende Anziehungskraft nationalistischer und rassistischer Positionen scheint diese Interpretation bislang kaum in Frage zu stellen.

Dabei könnte man noch einmal ganz von vorne anfangen und zum Beispiel fragen, was »Demokratisierung« zu welchem Zeitpunkt konkret bedeutet hat – jenseits von den Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher, der Entnazifizierung und der Re-Education. So ging es in den ersten

Nachkriegsjahrzehnten zunächst einmal darum, in Abgrenzung zum Nationalsozialismus ein demokratisches System mit regelmäßigen Wahlen zu etablieren (wobei 20 Jahre lang die CDU den Kanzler stellte). Es ist eigentlich nicht sehr verwunderlich, dass sich in das neue System auch »ehemalige Nazis« integrieren ließen, dass sie zentrale politische Positionen und sogar Regierungsverantwortung übernahmen, denn zentrale Teile ihres Weltbildes wurden zunächst nicht in Frage gestellt. Wir wissen heute, dass diese Beamten und Politiker die Verfolgung von NS-Tätern aktiv behinderten und zugleich lieber ihresgleichen an den Universitäten und im Justizdienst wiedereinsetzten statt Remigranten aus dem Ausland. Aber was passierte auf den Ebenen unterhalb von Parlamenten, Staatsanwaltschaften und Rektoraten? Was bedeuteten »Liberalitätsdefizite«²¹ im Bildungssystem, in der Verwaltung oder im Gesundheitswesen konkret, für wen wurde die »Liberalisierung« dieser Demokratie seit den 1960er Jahren eigentlich wirklich spürbar – und wer blieb weiterhin davon ausgeschlossen?

Möchte man diese Fragen beantworten, so muss man die Perspektive wechseln: weg von einer deutsch-deutschen Selbstbefragung hin zu einem Interesse an jenen, die auch nach 1945 ausgeschlossen blieben aus dem, was vor 1945 »Volksgemeinschaft« genannt worden war.²² Hier ist dieser Begriff insofern von Interesse, als er in der Demokratie nach 1945 weiterhin eine Grenze markierte: zwischen denen, die dazugehörten, und denen, die man zwar nicht mehr offiziell »Gemeinschaftsfremde«²³ nannte, aber weiterhin als solche behandelte.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür war das Prinzip der Rechtskontinuität. Dies bedeutete, dass die jeweils letzte, also fast immer die repressivste NS-Version eines Gesetzes in die bundesrepublikanische Rechtsprechung

übernommen wurde – soweit diese nicht dem Grundgesetz widersprach. Vom Bundesverfassungsgericht geprüft wurde dies allerdings erst im Konfliktfall. Es bedarf keiner großen Anstrengung, sich auszumalen, in welch hohem Maße die repressiven NS-Gesetze vor allem die sozial Schwachen, ohnehin Ausgegrenzten oder Verstummtten betraf, so dass auf diese Weise zunächst eine sehr spezifische, ethnisierende Form der Klassenjustiz für die junge Demokratie festgeschrieben wurde.²⁴ Auf dieser rechtlichen Grundlage also handelten die vielen ehemaligen Nationalsozialisten und Volksgenossen gegenüber ihren einstigen Opfern: vor Gericht und auf dem Ausländeramt, in der Schule und in der Psychiatrie, auf dem Sozialamt und bei der Arbeit, im Altersheim und auf dem Wohnungsamt, beim Arzt und in der Gaststätte.

Was dies in der Praxis, im Alltagsleben bedeutete, lässt sich nur aus der Perspektive der ehemals Verfolgten rekonstruieren und zumindest ansatzweise erfassen. Denn schließlich waren sie es, die den Preis für das zahlten, was wir gemeinhin unter abstrakte Begriffe wie »Elitenkontinuität« oder »Integration Belasteter« fassen. Für sie wurde die »Liberalisierung als Lernprozess«, wenn überhaupt, erst mit großem zeitlichem Verzug spürbar. Den »Stimmen der Opfer« zuzuhören, mag heute ein Gemeinplatz sein, sogar in der Geschichtswissenschaft, zeitgenössisch war dies jedoch keineswegs der Fall: Selbst die wenigen Gedenkveranstaltungen kamen in den Jahrzehnten nach dem Krieg ohne »Betroffene« aus. Noch 1993 forderte der Historiker Alf Lüdtke, ihnen endlich mehr Beachtung zu schenken – die bis dato üblichen deutschen Gedenkrituale, so befand er, seien eher ein Weg, den Nationalsozialismus langsam dem Vergessen anheimzustellen.²⁵

Die »Stimmen« dieser »Betroffenen« und ihre Zugäng-

lichkeit für uns Nachgeborene sind so unterschiedlich wie die überlebenden Opfer selbst. Sie eint zunächst einmal nichts, abgesehen von der Tatsache, dass der Nationalsozialismus bzw. deutsche Täter gewaltsam in ihr Leben eingriffen, Verwandte und Freunde ermordeten, sie selbst körperlich und psychisch verkehrten und oftmals ihr Zuhause, ihre Heimat zerstörten. Dies wird in aller Kürze im zweiten Kapitel dieses Buches dargestellt, um vor Augen zu führen, welche Erfahrungen hinter jenen Menschen lagen, die uns hier als »NS-Opfer« entgegentreten. Es ist aber auch deshalb von Bedeutung, da nur in der Gesamtschau der Verfolgungspolitik des nationalsozialistischen Staates deutlich wird, welche Vision einer homogenen und hierarchisch geordneten Gesellschaft damit verbunden war – und warum vieles nach 1945 davon so attraktiv blieb.